Morgen-Ausgabe Nr. 82 Freitag, 18. Februar 1938

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.), bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand a. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1005 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

**Im Riesengebirge:**

# 105 deutsche Studenten im Schneesturm

## Tschechoslowakische Soldaten retten die Verirrten

Prag, 17. Februar.

**Infolge heftiger Schneestürme, die über dem Riesengebirge tobten, geriet am Donnerstag eine Skiläufergruppe von 105 reichsdeutschen Studenten aus Hirschberg in ernsteste Lebensgefahr. Die Studenten, die bei dem dichten Schneetreiben die Fühlung untereinander verloren und sich dabei auch auf tschechoslowakisches Staatsgebiet verirrt hatten, wurden in letzter Minute von tschechoslowakischen Soldaten vor dem „weißen Tod" gerettet.**

Die Skiläufer wurden etwa um 10 Uhr vormittags von einem schweren Schneesturm überrascht und verloren dabei den Weg zur nahen Hamplbaude in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze. Die 105 Studenten teilten sich, ohne daß sie es merkten, in kleinere Gruppen und gelangten schließlich auf tschechoslowakisches Gebiet. 58 von ihnen erreichten nach langem Umherirren ein Obdach. Die anderen 52 irrten verzweifelt im dichten Schneetreiben weiter.

Tschechoslowakische Soldaten eines militärischen Skikurses auf der Geiergucke fanden auf dem Wege zwischen Geiergucke und Wiesenbaude einen Studenten bewußtlos auf. Als dieser die Besinnung wiedererlangte, berichtete er von dem Schicksal seiner Kameraden. Sofort wurden alle verfügbaren Rettungsmannschaften alarmiert. Auch die Gendarmerie beteiligte sich an den Rettungsarbeiten.

Da die 105 Hochschüler auf dem großen Gebiet zwischen Wiesen- und Hamplbaude versprengt waren, wurde die Suche sehr erschwert. Sechs Mitglieder der Gruppe irrten so weit, daß sie bis zur Riesenbaude kamen. Den Bemühungen der Rettungsmannschaften ist es aber schließlich doch gelungen, alle Vermißten in Sicherheit zu bringen. Einige von ihnen mußten allerdings mit schweren Erfrierungen ins Krankenhaus gebracht werden.

*

Eine Berliner Skiläuferin geriet ebenfalls im Riesengebirge in ein heftiges Schneetreiben, aus dem sie keinen Ausweg fand. Sie war von der Wiesenbaude in Richtung Petzer aufgebrochen und wurde von einem Angestellten der Michterbaude bewußtlos und in halb erfrorenem Zustand im tiefen Schnee aufgefunden. Man brachte die Verunglückte nach Petzer, wo sie nach gründlicher Schneemassage das Bewußtsein wiedererlangte.

## Sudetendeutscher Abgeordneter niedergeschlagen

### Ein uniformierter Marxist als Täter – Die Polizei schreitet nicht ein

Prag, 17. Februar.

**Im Schützenhaus in Karlsbad fand am Donnerstagabend eine öffentliche Versammlung der deutschen Sozialdemokraten statt. Das Thema der Versammlung lautete: „Vier Jahre Sudetendeutsche Partei." Als der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei, Wollner, das Versammlungslokal betrat, wurde er am Eingang von einem roten Strolch mit dem Gummiknüppel niedergeschlagen. In der Nähe befand sich ein Polizist, der aber nicht einschritt. Daraufhin entstand vor dem Schützenhaus eine große Schlägerei. Der rote Angreifer wurde nicht festgestellt und die Versammlung nicht aufgelöst. Abgeordneter Wollner wurde mit dem Rettungsauto ins Krankenhaus gebracht, wo eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde.**

Gegen diese Vorfälle protestierte der Abgeordnete Ernst Kundt der SDP beim Prager Innenministerium und verlangte, daß die Versammlung wegen der Vorfälle aufgelöst werde, um die Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Das Prager Innenministerium teilte dem Abgeordneten daraufhin mit, ein Grund zur Auflösung der Versammlung bestehe nicht, „da sich der Vorfall eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung und nicht im Versammlungsraum selbst zugetragen habe". Das Innenministerium versicherte, dem Abgeordneten weiter, es werde eine strenge Untersuchung eingeleitet, und es sei bereits angeordnet worden, daß der Täter auf jeden Fall sichergestellt werden müsse. Der Abgeordnete Kundt nahm diese Information des Innenministeriums zur Kenntnis und bestand darauf, daß der Täter unter allen Umständen gefunden werden müsse, da er einer uniformierten Formation angehörte. Eine politische Stellungnahme behielt sich Abgeordneter Kundt vor, bis er genaue Kenntnis über die Vorfälle in Karlsbad erhalte.

### Die Sudetendeutschen fordern ihr Recht

Prag, 17. Februar.

Die Sudetendeutsche Partei hatte am Vorabend des 18. Februar in das Deutsche Haus zu Prag eine Versammlung einberufen, die einen Massenbesuch aufwies. Als erster Redner zeigte der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei, Dr. Hans Neuwirth, in einer ausführlichen historischen Entwicklung die Ereignisse auf, die in den letzten 20 Jahren erwiesen haben, daß die tschechoslowakische Verfassung ihrem Wesen nach unerfüllt geblieben ist. Konrad Henlein habe in Böhmisch-Leipa vor drei Jahren die Hand zur Verständigung ehrlich geboten. Der Preis, für den die Staatsbejahung der Sudetendeutschen zu haben ist, sei nur die Ausgestaltung dieses Staates zu einem wirklichen Nationalitätenstaat, in dem das Wort Masaryks gilt: „Ich Herr, du Herr."

Dann ergriff das Mitglied des Führungsrates der SDP Dr. Sebekowsky das Wort. Die neue Forschung und Dokumentenveröffentlichung über die Friedensverhandlungen in den Jahren 1918 und 1919 bewiesen, daß den Sudetendeutschen damals keineswegs die Rolle einer Minderheit im Staate zugedacht war. Wenn die Sudetendeutschen zu wählen hätten zwischen den Regierungsversprechungen vom 18. Februar 1937 und jenen vom Jahre 1919, so laute ihre Antwort, daß die rechtlich in Geltung befindlichen Versprechungen gegenüber der Friedenskonferenz eingehalten werden sollen. Dr. Sebekowsky betonte, daß die Tschechoslowakei durch die Verfassungsurkunde verpflichtet sei, das Selbstbestimmungsrecht der Völker innerhalb des Staates anzuerkennen.

## Im Spiegel der Wirklichkeit

Der 18. Februar! Das ist für uns Deutsche im Reich gewiß kein besonderes Datum. Aber es ist ein solches für die Volksdeutschen jenseits der Grenze, die Sudetendeutschen, die „Minderheit" in einem Staate, in dem die Tschechen selbst keine Mehrheit besitzen. Ob sie ihn feiern werden, ist freilich eine andere Frage. Eher werden die Sudetendeutschen an diesem Tage eine gewichtige Anklage nach Prag richten und die Forderung stellen, daß ihnen endlich das gegebene Wort gehalten wird. Zum erstenmal jährt sich nämlich der 18. Februar als der Tag, an dem die amtliche Erklärung der Regierung Hodza über die „Grundzüge der Minderheitenpolitik" erfolgte. Diese Richtlinien des 18. Februar 1937 wurden als „administrativer Ausgleich" bezeichnet, der zwischen den tschechischen Regierungsparteien und den drei kleinen deutschen Splitterparteien, die in der Regierung sitzen, geschlossen wurde. Nicht aus eigenem Antrieb fand sich die tschechische Regierung zu diesem „Ausgleich" bereit. Seit dem gewaltigen Wahlsiege der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins im Jahre 1935 war vielmehr in steigendem Maße die Weltöffentlichkeit auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei aufmerksam geworden; Zeitungen des Auslandes hatten Sonderberichterstatter in die Tschechoslowakei entsandt, und was diese dort sahen, bestätigte die Not im sudetendeutschen Grenzgebiet sowie die Unterdrückungs- und Verdrängungspolitik, die von der Prager Regierung dem Sudetendeutschtum gegenüber betrieben wurde. Besonders die englische Presse brachte Schilderungen, die der tschechischen Regierung auf die Nerven fielen. Schließlich erteilte auch die englische Regierung mehrfach offiziell und inoffiziell in Prag den Rat, zu einer Verständigung mit den Sudetendeutschen zu gelangen. Tschechische Minister selbst hatten zugeben müssen, daß dem Sudetendeutschtum gegenüber weder die Bestimmungen der tschechischen Verfassung, noch die der Minderheitenschutzverträge eingehalten worden seien. Unter dem Druck der wachsenden Erkenntnis der Weltöffentlichkeit über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei wurde nun proklamiert, daß fortab eine bessere Gerechtigkeit Platz greifen sollte.

Fünf Punkte umfaßte der sogenannte „administrative Ausgleich". Diese erstreckten sich erstens auf die öffentlichen Arbeiten. Es war ja bekannt, daß Staatsaufträge und Staatslieferungen auch im rein deutschen Gebiet fast nur an tschechische Firmen vergeben wurden, auf die obendrein ein Druck ausgeübt wurde, etwa bei ihnen tätige deutsche Arbeiter zu entlassen. Der zweite Punkt betraf die soziale Fürsorge. Im sudetendeutschen Gebiet war die Arbeitslosigkeit nicht weniger als 4½ mal so groß als in den tschechischen Bezirken. Die soziale Betreuung aber stand hierzu in einem schreienden Mißverhältnis. Auch sie bevorzugte die Tschechen. Erschütternde Elendsschilderungen brachten insbesondere auch die schweizerischen Blätter über die Not unter den Deutschen. Als drittes wurde die Beamtenfrage angeschnitten. Die Sudetendeutschen wurden zwar steuerlich mit aller Schärfe erfaßt; sie durften den tschechischen Staat wesentlich mit finanzieren. Doch die Beamtenlaufbahnen wurden ihnen in einem Maße verschlossen, daß ein Sudetendeutscher nicht einmal mehr die untersten Posten erhalten konnte. Der Ministerpräsident Hodza selbst erklärte, hinsichtlich des Staatsdienstes hätten die Sudetendeutschen wirklichen Grund zur Beschwerde, doch sollten diese Ungerechtigkeiten von jetzt ab der Vergangenheit angehören. Die restlichen beiden Punkte betrafen die Erfüllung der deutschen Schulforderungen und Erleichterungen in der Sprachenfrage.

Ein Jahr ist nun vergangen, seitdem die tschechische Regierung sich vor aller Welt zum Ausgleich verpflichtete; ein Jahr ist abgelaufen seit den wiederholten Erklärungen des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik und des Vorsitzenden der Regierung, daß die Richtlinien des 18. Februar nicht auf dem Papiere stehenbleiben würden. Zwölf Monate sind eine lange Zeit. Sie genügen, um wenigstens die Ansätze einer Besserung in Erscheinung treten zu lassen und den guten Willen unter Beweis zu stellen. So zieht das Sudetendeutschtum an diesem 18. Februar eine Bilanz. Was ergibt sie? Macht sich der Wandel zur Gerechtigkeit bemerkbar, von dem Hodza sprach?

Antwort geben die Tatsachen. Nicht das Material der Opposition braucht man heranzuziehen, das wahrscheinlich von

### 1050000 RM für das WHW

#### Musikalische Veranstaltung beim Führer

Berlin, 17. Februar.

Der Führer und Reichskanzler hat am Donnerstagabend im Rahmen einer musikalischen Veranstaltung führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft in seinem Hause empfangen. Im Dienste des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes hatten ihre Kunst zur Verfügung gestellt die Kammersängerin Erna Berger, Maria Fuchs, Margarethe Klose, Tiana Lemnitz, Margret Pfahl sowie Frau Marieluise Schilp und Frau Tressi Rudolph, ferner die Kammersänger Rudolf Bockelmann, Walter Ludwig, Prof. Josef von Manowarda, Helge Roswaenge, Heinrich Schlusnus, Franz Völker, sowie Herr Karl Schmitt-Walter und Prof. Michael Raucheisen. Aus freiwilligen Spenden der Gäste dieses Abends ergab sich ein Betrag von 1 050 000 RM., den die Künstler dem Winterhilfswerk des deutschen Volkes überwiesen haben.

### François-Poncet bei Ribbentrop

Berlin, 17. Februar.

Der französische Botschafter François-Poncet hat am Donnerstagnachmittag seinen ersten Besuch bei dem Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, gemacht. Bei dieser Gelegenheit wurden alle Probleme der Außenpolitik, soweit sie die beiden Länder betreffen, besprochen.

### Reichsfachschule für das Kraftfahrzeughandwerk

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Februar.

Das Deutsche Handwerk in der Deutschen Arbeitsfront beabsichtigt die Errichtung einer Reichsfachschule für das deutsche Kraftfahrzeughandwerk. Die neue Reichsfachschule wird, nachdem der Entwurf mit den zuständigen Stellen durchgesprochen und vom Generalbauinspektor der Reichshauptstadt Prof. Speer genehmigt worden ist, auf einen etwa 10 000 Quadratmeter großen Gelände in Berlin-Neukölln sofort in Angriff genommen werden. Die Ausmaße dieses Projektes lassen sich am besten aus der Tatsache erkennen, daß der umbaute Raum rund 50 000 Kubikmeter betragen wird. Die modernsten und vielseitigsten Werkstätten, große, helle Lehrsäle und ein nach den letzten Erfahrungen errichtetes Internat für die Schüler werden diese Reichsfachschule zu einem sehenswerten und repräsentativen Bau der Reichshauptstadt machen.

Heute: Der D. N. Kraftfahrer

Erster Bericht über die Autoschau 1938, Seite 8